

 **Bundesministerium**
Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz

A-1070 Wien, Museumstraße 7
Tel. (+43 1) 521 52-2900
Fax (+43 1) 521 52-DW
e-mail: sektion.v@bmvrdj.gv.at
DVR: 0000132

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

24/24

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Gesetzesbeschluss des burgenländischen Landtages vom 29. Mai 2018 betreffend ein Landesgesetz betreffend die Datenschutz-Anpassungen (Burgenländisches Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 – Bgld. DS-APG 2018)

Der Landeshauptmann von Burgenland hat den im Betreff genannten Gesetzesbeschluss bekanntgegeben und gemäß Art. 97 Abs. 2 sowie Art. 131 Abs. 5 B-VG um Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Gesetzesbeschluss ersucht. Die für die Verweigerung der Zustimmung offenstehende Frist endet am 27. Juli 2018.

Der Gesetzesbeschluss ordnet in Art. 6 Z 4 (§ 2 Abs. 5 und 6 des Burgenländischen Datenschutzgesetzes) die Mitwirkung der Datenschutzbehörde und die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts an. Es ist daher die Zustimmung der Bundesregierung sowohl nach Art. 97 Abs. 2 B-VG als auch nach Art. 131 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 97 Abs. 2 B-VG erforderlich.

Es bestehen seitens des zuständigen Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz keine Bedenken gegen die Erteilung der Zustimmung.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen:

Das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz wird ermächtigt, an den Landeshauptmann von Burgenland folgendes Schreiben zu richten:

„An den
Herrn Landeshauptmann
von Burgenland
Europaplatz 1
7000 Eisenstadt

Sachbearbeiterin
Schmidt

DW
2931

Ihre GZ/vom
LAD-GS/VD.L265-10004-21-2018
vom 1. Juni 2018

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am XX. XXXX 2018 beschlossen, die Zustimmung zu der im Gesetzesbeschluss vorgesehenen Mitwirkung von Bundesorganen gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG und zu der vorgesehenen Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichtes gemäß Art. 131 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 97 Abs. 2 B-VG zu erteilen."

28. Juli 2018
Der Bundesminister:
MOSER